

VORGEZOGENE NEUWAHLEN ALS CHANCE FÜR DIE EXTREME RECHTE? DIE AFD IN DEN BUNDESTAGS- WAHLEN 2025



Die selbsternannte „Alternative für Deutschland“ ist die größte extrem rechte Partei in Deutschland. Sie ist in vierzehn Landesparlamenten, dem Bundestag, dem EU-Parlament und vielen Kommunalparlamenten vertreten. In München verfügt die AfD aktuell über einen Ortsverband und vier Kreisverbände im Stadtgebiet sowie einen Kreisverband und drei Ortsverbände für den Landkreis. 2021 zogen zehn bayerische Abgeordnete in den Bundestag ein, mit Wolfgang Wiehle einer davon aus München.

Wie in anderen Städten macht die AfD in München Stimmung gegen Migrant*innen, Geflüchtete und Muslim*innen, hetzt gegen LGBTQI-Personen, schürt Ängste in der Bevölkerung und arbeitet mit anderen extrem rechten und verschwörungsideologischen Akteur*innen zusammen. Die Münchner AfD ist wie der bayerische Landesverband fest in der Hand von Personen, die offen extrem rechts auftreten. Ihre innerparteilichen

Gegner*innen haben Funktionäre wie der Scharfmacher und Vorsitzende des Kreisverbandes München Ost, Rene Dierkes, oder der für seine geflüchtetenfeindliche Agitation bekannte Vorstandskollege im Münchner Westen, Markus Walbrunn, schon lange kaltgestellt. Widerspruch gegen eine offen extrem rechte Strategie gibt es innerhalb der bayerischen AfD im Jahr 2025 nicht - in München ist sie seit langem feste Linie der Partei.



DIE AfD SCHÜRT ÄNGSTE, UM SICH ALS RETTERIN DARZUSTELLEN

Die AfD verwendet in ihrer Bundestagswahlkampagne 2025 einen typischen populistischen Trick: Sie stellt die gegenwärtige Situation so katastrophal wie möglich dar und erklärt sich selbst zur Heldin, die einzig und allein das Land retten und auf den richtigen Weg bringen kann. In ihrem Programm spricht sie von einem „wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Niedergang“¹, „Unsicherheit über die Sicherheit in unseren Städten; Angst vor einem großen Krieg und Sorge um die finanzielle Zukunft“. Sie macht den Menschen Angst vor „ungesteuertem Bevölkerungswachstum, Überforderung der Staatsfinanzen, signifikant ansteigender Kriminalität, Gefährdung der sozialen Sicherungssysteme und des Wohnungsmarktes“, „Deindustrialisierung und Verarmung der deutschen Bevölkerung“, „linksradikalen Gewaltexzessen wie von der Antifa sowie zunehmender Gewaltkriminalität durch Clans,

Banden und ausländischer Mafia“ und beklagt eine „Indoktrination von Kindern und Jugendlichen durch Trans-Kult, Frühsexualisierung und Genderideologie“ sowie einen „Kulturabbruch“ durch niedrige Geburtenraten.

Für all diese Probleme präsentiert die AfD anschließend die in ihren Augen Schuldigen und zeigt damit die rechtsextreme Brille, durch die sie die Welt sieht. Für sie sind vor allem Migrant*innen, Geflüchtete, LGBTQI-Personen, Muslim*innen, Klimaschützer*innen, Journalist*innen und politische Gegner*innen für alle Übel der Welt verantwortlich und nur die AfD kann sie aufhalten. Sie will eine „deutsche Leitkultur“ an die Stelle eines angeblich herrschenden „Multikulturalismus“ setzen und eine gleichförmige Gesellschaft herstellen - alle Menschen, die nicht dazu gehören, sollen aus Deutschland verschwinden.

¹ Dieses und alle folgenden Zitate stammen aus dem Programm der AfD zur Bundestagswahl 2025 sofern sie nicht anders gekennzeichnet sind.

Titelseite: AfD-Bundestagskandidat Tobias Teich an einem Informationsstand der Partei vor dem Perlacher Einkaufszentrum.

Links: Breiter Protest gegen extrem rechte Agitation: Münchner*innen protestieren immer wieder gegen die AfD. Hier an einem Informationsstand im Januar 2025 in Solln. Fotos: firm

WARME GESCHENKE FÜR VERMÖGENDE UND SOZIALE KÄLTE FÜR SOZIALBENACHTEILIGTE

Sozialpolitisch richtet sich die AfD weiterhin neoliberal aus und setzt sich für wirtschaftliche Verbesserungen für Besserverdienende und Druck auf Sozialbenachteiligte ein. Arbeitslosigkeit sieht die AfD im mangelnden Arbeitswillen der Menschen begründet und möchte „die von linksgrünen Ideologen zerstörte Leistungsbereitschaft breiter Bevölkerungsschichten wieder her(zu)stellen“ und die Lebensarbeitszeit freiwillig verlängern lassen. Dass Menschen ohne Arbeitsstelle sind, ist für die Partei vor allem deren eigene Wahl, die sie verhindern will: „Ein selbstgewähltes Leben auf Kosten der Allgemeinheit wird nicht gefördert.“ Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung soll (mit einer einmaligen Ausnahme) nur noch bekommen, wer nicht selbst gekündigt hat, wenn es nach der AfD geht. Das Bürgergeld hält sie für zu hoch und möchte es abschaffen, um es mit einer „aktivierenden Grundsicherung“ zu ersetzen. Die bedeutet, dass erwerbsfähige Bürgergeldempfänger*innen nach sechs

Monaten Arbeitslosigkeit zu gemeinnütziger Arbeit verpflichtet werden sollen. AfD-Bundestagskandidat Tobias Teich machte auf einer AfD-Veranstaltung im Januar 2025 deutlich, dass Bürgergeldempfänger*innen wie Geflüchtete und Migrant*innen zu den Feindbildern der Partei zählen. Man müsse sich statt um diese um die eigenen Ziele kümmern, so Teich. „Da hilft es nichts wenn wir über 30 Milliarden ausgeben für Bürgergeld und über 50 Milliarden im Jahr für irgendwelche Migrationsunternehmen ausgeben und über 35 Milliarden im Jahr für irgendwelche Entwicklungshilfen.“ Hilfe gegen zu hohe Mieten gibt es von der AfD für niemanden: Mietpreisbremsen oder Mietendeckel lehnt sie ab. Eine Vermögenssteuer will sie nicht einführen und die Erbschaftsteuer komplett abschaffen - das kommt vor allem Vermögenden zu Gute. Rechtliche Sicherungen für Bürger*innen wie die Datenschutzgrundverordnung und das Lieferkettensorgfaltsgesetz möchte die Partei abschaffen.

Rechts: AfD-Bundestagskandidat Christoph Rätscher (rechts) und sein Parteifreund Tim Schulz treffen sich am Volkstrauertag vor der Feldherrenhalle mit Mitgliedern der extrem rechten Burschenschaft Danubia. Foto: firm

DIE AfD IN ENGER ZUSAMMENARBEIT MIT DER ÜBRIGEN EXTREMEN RECHTEN

Die AfD arbeitet mit anderen einschlägigen Akteur*innen zusammen. Ihr Münchner Kandidat Wolfgang Wiehle empörte sich 2024 über das Verbot des extrem rechten Verschwörungsblattes „Compact“ und verlangte, dass die Innenministerin deshalb zurücktreten müsse. Sein Parteifreund Gerold Otten klagte im Gespräch mit der extrem rechten Plattform „Politically Incorrect“ über die Schwierigkeiten, nach der Machtübernahme der Taliban Menschen nach Afghanistan abschieben zu können. Mit rechten und extrem rechten Burschenschaften in München wie der Stauffia, der Sudetia oder der Danubia ist die AfD so eng verbunden, dass ihre Mitglieder immer wieder gemeinsam auftreten. Das ist kaum verwunderlich, sind doch einige führende Funktionäre wie Markus Wal-

brunn selbst Burschenschafter. Von der noch offener rechtsextrem auftretenden ehemaligen Jugendorganisation der AfD, „Junge Alternative“ (JA), hielten einige Funktionär*innen in der Vergangenheit taktischen Abstand, nicht jedoch in der Münchner AfD: Christoph Rätscher war selbst Funktionär der JA und auch der in München Ost antretende Direktkandidat Tobias Teich solidarisierte sich ausdrücklich mit der Gruppe, die Schnittmengen mit rechten Gruppen wie der „Identitären Bewegung“ hat. Teich teilt im Internet Beiträge der „Identitären Bewegung“ und bekundete der JA außerdem seinen Respekt für deren rassistische Aufkleber mit der Aufschrift „Es ist okay weiß zu sein“. Aktivisten der „Identitären Bewegung“ arbeiten direkt in den Strukturen der AfD in München mit, so zum Beispiel





Hand in Hand mit anderen Rechtsextremen: Der Vorsitzende des Kreisverbandes München Ost, Rene Dierkes (rechts), mit dem ehemaligen NPD-Funktionär und extrem rechten Autor Thor von Waldstein im Rahmen einer Veranstaltung der AfD-Landtagsfraktion. Foto: firm

Tim Schulz im Vorstand des Kreisverbandes München Land. Tobias Teich soll Recherchen örtlicher Antifaschist*innen zufolge vor rund zehn Jahren Facebookbeiträge auf den Seiten von neonazistischen Aktivisten wie Tommy Frenck und Karl Richter gepostet haben. So lobte er demzufolge etwa Frencks neue Pulloverkollektion, erfreute sich an Tattoos mit Wehrmachtssoldaten und pries den damaligen Münchner Stadtrat Karl Richter für dessen Arbeit. Den für seine rassistischen Ausfälle bekannten ehemaligen österreichischen Politiker Jörg Haider beschreibt ein Beitrag, den Teich auf seinem Telegram-Kanal teilt, als „warmherzigen Charismatiker mit Tiefgang“. Zu radikalen Vertreter*innen der extremen Rechten innerhalb der AfD kennen besonders die Münchner Kandidat*innen Teich und Rättscher wenig Berührungspunkte: So zeigt sich etwa Christoph

Rättscher gerne mit dem thüringischen Landesvorsitzenden und Demagogen Björn Höcke und dem Funktionär Maximilian Krahn, der in der Vergangenheit unter anderem Mitglied der der mörderischen nationalsozialistischen SS in Schutz nahm. Auf einer AfD-Veranstaltung im Januar 2025 wurde Krahn per spontaner Abstimmung als Ehrenmitglied im Kreisverband München Ost aufgenommen. Mit dem Rest der extremen Rechten teilt die AfD auch ihre Agitation gegen die Medien: Den Journalisten Georg Restle bezeichnete Tobias Teich in der Vergangenheit als „Mietmaul“, der stellvertretende AfD-Landesvorsitzende Wolfgang Wiehle betrachtet die ARD als „Propaganda-Kanal“ und Christoph Rättscher sieht sich einem seiner Beiträge im Netz zu Folge im Kampf gegen ein „mediales System und die Gewerkschaften“, die er „überwinden“ will.

DIE AfD WILL ALLE KLIMASCHUTZMASSNAHMEN SOFORT BEENDEN

Die AfD spricht in ihrem Bundestagswahlprogramm von „sogenannter Klimawissenschaft“, „unwissenschaftlicher Klimahysterie“ und einer „behaupteten ‚Klimakrise‘“. Die Partei stellt sich mit Blick auf den Klimawandel frontal gegen die Wissenschaft und verstrickt sich in ihren Verschwörungserzählungen: „Klimawandel gab es zu allen Zeiten. Er ist ein komplexes Phänomen, verursacht durch eine Vielzahl von Faktoren. Die Frage nach dem Anteil des Menschen an diesem ist wissenschaftlich ungeklärt.“ Mit solchen Desinformationen versucht die AfD, die Ergebnisse der Arbeit von nahezu allen Klimaforscher*innen als Lügen darzustellen und Zweifel zu schüren. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse seien „konstruiert“, sagt die AfD, das Klima könne man nicht schützen. Sie will aus dem Pariser Klimaschutzabkommen aussteigen, dem zentralen weltweiten Ver-

such, den Klimawandel aufzuhalten. National und international möchte sie alle Klimaschutzmaßnahmen sofort beenden. Die Nutzung fossiler Energien solle nicht eingeschränkt werden – obwohl sich die Erde in zunehmendem Tempo erhitzt. Die AfD lobt CO₂ sogar als „Treiber eines verstärkten globalen Pflanzenwachstums“. Dass die globale Erwärmung bereits jetzt massive negative Folgen für Planet und Menschheit hat, ignoriert sie hartnäckig. Für die AfD ist die Klimapolitik eine Verschwörung „gegen das Volk“ und bedroht dessen Freiheit. Die Verantwortlichen würden den Klimawandel nur erfinden, um ihre „Große Transformation“ durchführen und die Gesellschaft in ihrem Sinne verändern zu können. Als Feinde hat die AfD in diesem Zusammenhang verantwortliche „Politiker, internationale Konzerne mit ihren Lobbys und politiktunende NGOs“ ausgemacht.



„CO₂ bla bla bla“ – die Sicht einer AfD-Anhängerin zum Klimawandel auf einer Kundgebung am Stachus im August 2023 spricht Bände. Foto: firm

MIT ODER OHNE PANDEMIE: DIE AFD IST EINE VERSCHWÖRUNGS-IDEOLOGISCHE PARTEI

Ihre Vorliebe für Verschwörungserzählungen zeigte die AfD auch in der Corona-Pandemie: Kandidat Christoph Rätscher feierte den Tennisspieler Novak Djokovic für dessen Entscheidung, sich nicht gegen COVID-19 impfen zu lassen, zog Parallelen zwischen den Infektionsschutzmaßnahmen und dem Nationalsozialismus und beteiligte sich an den Aufzügen der örtlichen Pandemieleugner*innenszene, die er auf seiner Facebook-Seite bewarb. Pandemieleugner*innen erklären die Verbreitung des Virus, das allein in Deutschland mehr als 180.000 Menschen das Leben nahm, zu einer „Plandemie“, einer gezielten

Täuschung von bösen Verschwörer*innen im Hintergrund. Kandidat Wolfgang Wiehle nahm ebenfalls an entsprechenden Versammlungen teil, sein Kollege Gerold Otten setzte sich für den Soldaten Alexander B. ein, nachdem dieser die Corona-Impfung verweigerte und dafür in Haft ging.

Die AfD machte sich in München und darüber hinaus zum parlamentarischen Arm dieser verschwörungsideologischen Szene und schreibt in ihrem Bundestagswahlprogramm die Coronapandemie mitunter in Führungszeichen - als ob es sich nicht wirklich um eine Pandemie gehandelt habe.

LAW AND ORDER UND MUSLIM*INNENFEINDLICHKEIT

Die Sicherheit in Deutschland wird laut AfD vor allem von Migrant*innen und Linksextremen bedroht. Dagegen fordert sie nicht nur Abschiebungen sondern auch mehr Geld und Rechte für die Sicherheitsbehörden, die Herabsetzung des Strafmündigkeitsalters auf zwölf Jahre und längere Haftstrafen. Mutmaßliche Gefährder*innen und Terrorist*innen möchte die AfD sogar in Präventivhaft nehmen lassen. Den Verfassungsschutz betrachtet sie als „degeneriert“ und will ihn „grundlegend reformieren, verschlanken und entideologisieren“. Kein Wunder, wird die rechtsextreme Partei doch seit Jahren selbst flächendeckend durch den Dienst

beobachtet. Antifaschistische Gruppen möchte sie als terroristische Vereinigungen einstufen und Klimaaktivist*innen einsperren, die sich auf Straßen festkleben.

Muslim*innen stellt die AfD unter einen Generalverdacht, Deutschland unterwandern und sich nicht integrieren zu wollen. Thomas Baack, AfD-Funktionär im Münchner Westen höhnt, dass der Islam von einem „Kriminellen“ „zusammengebastelt“ worden sei. Er spricht von Muslimen als „Muselmanen“ sowie „muslimischen Invasoren“, beschimpft Länder als „muselmanische Shithole-Countries“ und bezeichnet den Islam als „Ideologie“. Bundestagskandidat Wolfgang Wiehle



Migrant*innen, Geflüchtete und Muslim*innen stehen besonders im Fokus der AfD. Bundestagskandidat Wolfgang Wiehle an einem Informationsstand in Fürstenried. Foto: firm

behauptet, es gebe eine „Islamisierung“ in Deutschland und das Land würde sich „dem Islam unterwerfen“, „dauerklagende“ Muslime würden sich an „unseren Feiertagen, westlichen Werten, unverschleierten Frauen und ‚unreinen‘ Schweinen stören“ und permanent „beleidigt aufbegehren“. Sein muslim*innenfeindliches Weltbild macht Wiehle mit solchen Aussagen deutlich: „Der Islam gehört nicht zu Deutschland“. Seine Partei warnt vor einem „politischen

Islam“, „Polygamie, Zwangsheirat und Kinderehen“, will die Forderung nach der Schaffung eines Kalifats bestrafen und Schuldige dafür abschieben. Wenn es nach ihr geht, werden muslimische Gemeinden ganz anders behandelt als andere Religionsgemeinschaften: Sie sollen nicht Körperschaften des öffentlichen Rechts werden können. Burka und Niqab möchte die AfD verbieten und damit muslimischen Frauen Kleidervorschriften machen.



Geflüchtete als Sündenböcke für die Wohnraumknappheit: AfD-Funktionär*innen auf einer Kundgebung auf dem Karl-Stützel-Platz im September 2023. Foto: firm

ABSCHOTTUNG, ABWERTUNG UND ABSCHIEBUNGEN: DIE AfD-MIGRATIONS POLITIK

Das migrationspolitische Programm der AfD basiert auf der Lüge, dass es in der Bundesrepublik einen permanenten Zustand der Unsicherheit gebe, der von Migrant*innen und Geflüchteten verursacht werde. Die Menschen müssten sich permanent vor Gewalttaten fürchten, wenn sie nur vor die Haustüre treten. Ihr Kandidat Tobias Teich spricht sogar von einem „russischen Roulette“, dass man durch die schlichte Anwesenheit auf öffentlichen Plätzen und im Nahverkehr spiele. Kandidat Wolfgang Wiehle behauptet gegen alle Fakten: „Gewaltkriminalität von Einwanderern gehört im westlichen Europa leider zum Alltag“. Sein Parteifreund Gerold Otten stößt in das gleiche Horn und fabuliert, Messerangriffe gehörten zur Tagesordnung, weil „Migranten aus völlig fremden und mit unserem Land inkompatiblen Kulturen“ einwandern würden. Dass die Kriminalstatistiken ganz andere Zahlen ausweisen, ist der AfD egal. Sie bläst Gewalttaten von Migrant*innen und Geflüchtete so groß auf wie möglich – besonders wenn es sich um Anschläge oder Fälle von sexualisierter Gewalt handelt. Migration macht das Land unsicher, das ist die einfache und falsche Formel der AfD. Dafür ruft sie seit ihrer Gründung nach einer langen Liste von Maßnahmen zur Verschärfung der deutschen Migrationspolitik und ihre Vertreter*innen machen Geflüchtete rassistisch verächtlich. Thomas Baack beschimpft sie als „bildungs-

ferne Invasoren“ und eine „schöne Brut, die Merkel ins Land gelassen hat“. Sein Parteifreund Wolfgang Wiehle behauptete 2020, in der Corona-Pandemie würden die Grenzen Deutschlands „heimlich, still und leise“ niedergerissen, beleidigte die Bundesregierung als „Schleuser-Regierung“ und forderte 2022 eine „Festung Europa“ zu errichten. Kandidat Christoph Rätscher hetzte einem Medienbericht zufolge auf einer Veranstaltung der AfD München im Januar 2025 gegen Geflüchtete als „eine Armee an Messer-Bestien“ und „Tiere“, die er egal wohin abschieben möchte.

Wie in der Klimapolitik will sich die AfD auch im Bereich Migration aus internationalen Vereinbarungen zurückziehen und zwei zentrale weltweite Migrationsabkommen, den „Global Compact on Migration“ und den UN-Flüchtlingspakt aufkündigen. Ihr Vertreter im Bezirksausschuss Laim, Thomas Baack, sagte 2018, der Migrationspakt solle nur „unterentwickelten Diktaturen das Leben erleichtern“. Aus dem Asylsystem der EU will die AfD austreten, sich aus gemeinsamen europäischen Mechanismen und Verfahren zurückziehen und Asyl, Migration und Grenzkontrollen nur noch national regeln. Geflüchtete, die Seenot Helfer*innen aus dem Meer retten, sollen zurück in die Mittelmeeranrainerstaaten und damit die menschenunwürdigen Umständen gebracht werden, aus denen sie zuletzt geflohen sind. Die zivile See

notrettung für Geflüchtete will die AfD unterbinden und dadurch tausende Tote pro Jahr mehr allein im Mittelmeer in Kauf nehmen. Asyl beantragen sollen Menschen nur noch können, wenn sie ihre Identität und Staatsbürgerschaft

nachweisen können. Dass Geflüchtete dies häufig nicht können, wenn sie auf der gefährlichen Flucht ihre Ausweisdokumente verloren haben oder diese ihnen weggenommen oder gestohlen wurden, weiß die AfD genau.



Die AfD versucht, Unmut gegen die Einrichtung von Geflüchtetenunterkünften zu schüren und tourt dafür mit diesem Banner durch die Stadt. Hier halten es Wolfgang Wiehle, Markus Walbrunn und Thomas Baack (von links nach rechts) im November 2024 vor dem geplanten Ankerzentrum am Heimeranplatz hoch. Foto: firm

AFD-MASSNAHMEN VERHINDERN INTEGRATION

Asylanträge und Anträge auf subsidiären Schutz sollen Menschen in den Vorstellungen der AfD künftig nur noch außerhalb Deutschlands stellen dürfen, an den Grenzen sollen Lager für Abschiebungen eingerichtet werden. In Deutschland sollen Geflüchtete wenn es nach der AfD geht, in großen zentralen Aufnahmeeinrichtungen untergebracht werden, nicht in kleinteiligen Wohneinheiten, die eine Integration möglich machen. Integration von Migrant*innen ist laut Bundestagskandidat Tobias Teich ohnehin „eine Lüge“, es brauche eine „Assimilation“ der Menschen. Ein ähnlich rassistisches Weltbild zeigt sein Parteifreund Wolfgang Wiehle, wenn er von Bundesbürger*innen spricht, die in seinen Augen nur „de jure“ (also rechtlich) deutsche Staatsbürger seien – weil sie Vornamen haben, die in seinen Augen nicht deutsch sind. Die Hürden für die Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft hätten die Verantwortlichen „in der Tradition jener, welche es mit der eigenen Nation nicht gut meinen“ so gesenkt, dass „Staatsbürgerschaften zur Ramschware“ würden, so Teich 2023. Integration verhindert die Partei auch mit ihrer Forderung, dass Geflüchtete im Asylverfahren keine Arbeitserlaubnis erhalten sollen. Erst nach zehn Jahren sollen sie ein dauerhaftes Bleiberecht

bekommen, das dann jährlich überprüft werden soll. Geflüchtete sollen in Deutschland nur noch Sachleistungen erhalten und sich damit noch nicht einmal mit Bezahlkarten selbst versorgen dürfen. Die AfD möchte viel mehr Staaten zu „sicheren Herkunftsstaaten“ erklären, damit Deutschland Menschen dahin abschieben kann. In der Vergangenheit erklärten ihre Vertreter*innen sogar Länder wie das bürgerkriegsgeschüttelte Syrien oder Afghanistan zu geeigneten Kandidat*innen, aktuell fordern sie eine Rückkehr der ukrainischen Geflüchteten, obwohl der mörderische russische Angriffskrieg ungebrochen weitertobt. Entwicklungshilfe für hungernde Menschen in Entwicklungsländern, möchte die AfD abhängig von der Zustimmung von deren Regierungen zur Rücknahme von abgeschobenen Geflüchteten machen.

Verschwörungserzählungen sind für die AfD auch hinsichtlich Flucht und Migration sinnstiftend. Ihr Kandidat Tobias Teich verbreitet etwa die extrem rechte Lügengeschichte eines gezielten „Bevölkerungsaustausches“, den sinistre Eliten im Hintergrund vorantreiben, dadurch dass Menschen in andere Länder migrieren bzw. flüchten. So raunt Teich etwa: „Das Auswärtige Amt unter Baerbock schleift zigtausende Ausländer unnötig ins Land“.

DIE AFD LEGT DIE AXT AN DIE EUROPÄISCHE MENSCHEN- RECHTSKONVENTION AN

Als wären diese Maßnahmen nicht schon hart genug, möchte die AfD sogar die Rechte von Migrant*innen und Geflüchteten beschneiden. Die Genfer Flüchtlingskonvention und selbst die Europäische Menschenrechtskonvention möchte sie „reformieren“ und den rechtlichen Rang des individuellen Asylrechts abschwächen etwa zu einer einfachgesetzlichen Regelung. Damit könnte der Anspruch Geflüchteter auf eine menschenwürdige Behandlung in der Praxis noch schwächer sein, als er es ohnehin schon ist. Die AfD hat von der „Identitären Bewegung“, den Begriff und das Konzept der „Remigration“ übernommen. Er drückt ihr Vorhaben einer massenhaften Vertreibung von Menschen aus Deutschland sprachlich ein wenig geglätteter aus. Mit

dieser Vertreibung aller Menschen, die in ihren Augen nicht dazu gehören, wollen Rechtsextreme eine ethnisch und kulturell gleichförmige Gesellschaft herstellen. Mit der AfD machen sie ihre Forderungen nicht nur auf der Straße sondern auch in den Parlamenten stark. Der Bundestagskandidat im Münchner Osten, Tobias Teich, fordert wie seine Parteifreunde Wolfgang Wiehle und Thomas Baack „Remigration“ beziehungsweise eine „großangelegte Remigrationsoffensive“. Im Januar 2024 in Greding erklärte Wiehle, dass diese „Remigration“ selbstverständlich Teil des Parteiprogrammes sei. Er verwehrt sich gegen eine „unsägliche Diskussion“ darüber und forderte eine geistige Konterrevolution „damit dieser ganze linksgrüne 68er-Mist aufhört“. Noch vor einigen Jahren hatte sich die Partei strategisch von einzelnen extrem rechten Gruppen distanziert - mittlerweile arbeitet sie offen mit ihnen zusammen und übernimmt ihre Begriffe und politischen Konzepte.

Bundestagskandidat Gerold Otten (mit Sonnenbrille) auf einer Kundgebung der AfD gegen Geflüchtete auf dem Stachus im Juni 2024.
Foto: firm



Bundestagskandidat Wolfgang Wiehle (schwarzer Mantel, Brille) im Wahlkampf in Obergiesing.
Foto: firm

DIE AFD MÖCHTE AUS DER EU UND AUS DEM EURO AUSTRETEN

Die AfD wendet sich gegen eine wertebasierte Außenpolitik und möchte ein interessengeleitetes Vorgehen etablieren. Sie tut also so, als ob etwa nationale wirtschaftliche Interessen in der bundesdeutschen Außenpolitik keine Rolle spielen würden und nur „ideologisch“ überhöhte Wertvorstellungen die Strategie bestimmten. Ihre Forderungen danach, die eigene „Souveränität auszubauen“, sind mindestens anschlussfähig für Verschwörungsideolog*innen, die

behaupten, dass die Bundesrepublik von Externen kontrolliert werde. Die AfD plant weiterhin, aus der EU und dem Euro auszutreten, ein Schritt vor dem viele Wirtschaftswissenschaftler*innen eindringlich warnen, weil er der exportorientierten deutschen Wirtschaft massiv schaden würde. AfD-Kandidat Wolfgang Wiehle bezeichnete die EU dagegen in der Vergangenheit als „die größte Schlinge um den Hals von Deutschland“.



DIE „FRIEDENSPARTEI“ AFD STEHT FEST AN DER SEITE RUSSLANDS UND CHINAS



Verschwörungsideolog*innen mit Russlandfaible: Die AfD und viele ihrer Anhänger*innen halten den Klimawandel für erfunden und das Putin-Regime für einen guten politischen Partner. Foto: firm

Die AfD nennt sich selbst gerne „Friedenspartei“, in ihrem Bundestagswahlprogramm fordert sie aber gleichzeitig eine bessere Ausstattung der Bundeswehr und den Ausbau der deutschen Rüstungsindustrie. Sie möchte außerdem den militärischen Geist stärken: „Die Bundeswehr soll deshalb wieder einen starken Korpsgeist, ihre Traditionen und deutsche Werte pflegen“. Was das für die Traditionslinien der Bundeswehr zu Reichswehr und Wehrmacht bedeutet, sagt die AfD nicht. Zu Russland findet sich auch nach dessen Überfall auf die Ukraine kein kritisches Wort im AfD-Programm, sie möchte die Beziehungen zu dem Land stark ausbauen. Die Partei will nicht nur die Sanktionen gegen das Putin-Regime aufheben sondern auch den ungestörten Handel mit dem Land

wiederherstellen, die Nord-Stream-Leitungen wieder in Betrieb nehmen und die Beziehungen zu Russlands „Eurasischer Wirtschaftsunion“ ausbauen. AfD-Kandidat Christoph Rätcher teilte im Sommer 2022 nach dem russischen Einmarsch in der Ukraine Videos von russischen Kampfflugzeugen und Hubschraubern mit begeisterten Bildunterschriften. Auch der chinesischen Autokratie gegenüber steht die AfD unkritisch bis wohlwollend gegenüber: Deren umstrittenes Projekt einer „Neuen Seidenstraße“ findet sie gut, „soweit sich hieraus Chancen für die deutsche Wirtschaft ergeben“. Vorsicht vor einem Programm, das international kritisiert wird aufgrund der Abhängigkeit, in die es kleinere Länder von China bringt, sucht man im AfD-Programm vergebens.

KEINE GLEICHSTELLUNG UND KINDER FÜR DIE „KULTURWEITERGABE“

Die AfD möchte eine „aktivierende Familienpolitik“ unter anderem mit Rentenfreibeträgen und einem Betreuungsgeld für Eltern mit einem ganz bestimmten Zweck, nämlich um „die Kulturweitergabe sicherzustellen und die Sozialsysteme zu stabilisieren“. Eine Familie besteht für die AfD aus Mann, Frau und Kindern – nicht-heterosexuelle Beziehungen gehören für sie nicht dazu. Obwohl mit Alice Weidel eine homosexuelle Frau an der Spitze der Partei steht, fahren ihre Vertreter*innen mit dem „Stolzmonat“ gleich eine ganze Kampagne gegen LGBTQI-Personen. Kandidat Tobias Teich beteiligt sich daran und beschimpft die Regenbogenfahne als „Homo-Fahne“. Die AfD beklagt, dass Abtreibungen zur „Normalität“ geworden seien, es werde „in vielen Fällen von außen Druck auf die Mütter ausgeübt“. Sie möchte die För-

derung von Aufklärungsorganisationen stoppen, deren Arbeit sie als „verharmlosen“ oder „forcieren“ von Abtreibungen bezeichnet und wendet sich dagegen, Schwangerschaftsabbrüche zu einem Menschenrecht zu erklären. Gendgerechte Sprache ist der AfD ein Graus, in öffentlichen Einrichtungen möchte sie diese gleich komplett verbieten. Bundestagskandidat Wolfgang Wiehle redet von „Gender-Irrsinn“, sieht die Bundesrepublik „auf dem direkten Weg in die Gender-Diktatur“ und meint „unsere Sprache“ werde „von oben herab manipuliert“. Aufklärungsfilme der Sendung mit der Maus über trans* Menschen sind für Wiehle eine „Frühsexualisierung“ der Kinder. Er schürt nach Kräften Ängste vor trans* Menschen, indem er behauptet, dass das Selbstbestimmungsgesetz Frauen und Kinder gefährde.



In der Bildungspolitik soll sich mit der AfD nichts an der bestehenden eklatanten Chancenungleichheit ändern: Das dreigliedrige Schulsystem soll bleiben und Kinder mit Behinderungen sollen nur in eigenen Schulen unterrichtet werden. Inklusion in gemeinsamen Schulen gibt es mit der AfD nicht. Die Partei ist vielmehr beschäftigt mit Problemen, die nur in ihrer Weltsicht existieren: „Indoktrination“, „Trans-Kult“ und die Unterdrückung von Meinungen würden Schulen und Hochschulen belasten. Diese vermeintlichen Probleme will sie unter anderem dadurch lösen, dass Lehrkräfte zu politischer Neutralität verpflichtet und Gleichstellungsbeauftragte sowie Quotenregelungen abgeschafft werden sollen. Dass eine eindeutige demokratische Positionierung der Lehrkräfte und die Unterstützung unter anderem für trans* Schüler*innen elementar für eine gelungene Bildung sind, passt nicht in ihr Weltbild. Trans* Menschen stehen

Bundestagskandidat Christoph Rätcher (links mit Krawatte) auf einer Kundgebung der AfD gegen eine Vorlesestunde der Stadtbibliothek Bogenhausen mit Dragqueens im Juni 2023. Foto: firm

allgemein besonders im Fokus der Partei, sie will unter anderem das Selbstbestimmungsgesetz einstampfen und die verletzende Ansprache von Personen mit deren altem Namen nach der Änderung des Geschlechtseintrages straffrei stellen. Der AfD-Kandidat für München Nord, Christoph Rätcher, empört sich in einem Wahlflugblatt unter dem Punkt „Genderpropaganda“ etwa, dass „Transvestiten“ Kindern das Gendern beibringen würden. In einer Rede, die er 2023 auf einer AfD-Kundgebung gegen eine Vorlesestunde von Dragqueens in der Stadtbibliothek Bogenhausen hielt, bezeichnete Rätcher diese als „abscheuliche Regenbogenveranstaltung“ und wetterte gegen diese vermeintlichen „Perversionen“ und ihre „abendländische Dekadenz“.

AFD - AUSGRENZUNG FÜR DEUTSCHLAND?

Die AfD will Deutschland abschotten und Migrant*innen sowie Geflüchtete massenhaft vertreiben, Sozialbenachteiligte noch weiter benachteiligen, Reiche entlasten und eine nationalistische Außenpolitik betreiben - einschließlich eines Ausstiegs aus der EU und dem Euro. Dafür arbeitet sie mit anderen extrem rechten Organisationen und Plattformen zusammen. Gemeinsam gehen sie gegen alle vor, die in ihrem Weltbild keine gleichwertigen Menschen sind, darunter Migrant*innen, Geflüchtete, LGBTQI-Personen, Journalist*innen und politische Gegner*innen. Die Partei verbreitet eine Reihe falscher Verschwörungserzählungen - auch zum Klimawandel, den ihre Maßnahmen noch beschleunigen würden. Die AfD ist deshalb keine politische Alternative sondern eine extrem rechte Bedrohung für die deutsche Gesellschaft und den Zusammenhalt in Europa.

V.i.S.d.P. Anne Wild

Feierwerk e. V.
Fachinformationsstelle
Rechtsextremismus München (firm)

Hansastraße 39 - 41
81373 München

firm@feierwerk.de
www.feierwerk.de/firm

Februar 2025